



RA lic. iur. Markus Stadelmann
Marktstrasse 28
8570 Weinfelden

Tel: 071 620 26 20
www.advo-weinfelden.ch

Bedenkliche Entwicklung bei der Nichtigerklärung von erleichterten Einbürgerungen

Ein ausländischer Ehegatte kann nach 5 Jahren Wohnsitz in der Schweiz und nach 3 Jahren gelebter ehelicher Gemeinschaft mit einem Schweizer Bürger in einem erleichterten Verfahren eingebürgert werden. Die erleichterte Einbürgerung kann jedoch innert 5 Jahren nach Erteilung des Bürgerrechts wieder für nichtig erklärt werden, wenn sie durch falsche Angaben oder Verheimlichung erheblicher Tatsachen erschlichen worden ist.

Wie die Entwicklung in den letzten Jahren zeigt, neigt das für Nichtigerklärungen zuständige Bundesamt für Migration inzwischen immer mehr dazu, von der Möglichkeit der Nichtigerklärung geradezu inflationär Gebrauch zu machen. So kann schon eine mehr als ein halbes Jahr nach erfolgter Einbürgerung erfolgte Trennung für die Behörde ein Anlass sein, von der Vermutung auszugehen, dass bereits bei der Einbürgerung die Ehe nicht mehr stabil gewesen sei, ohne dass für diese blossе Mutmassung andere Anhaltspunkte vorliegen. Gleichzeitig wird es dem erleichtert Eingebürgerten überlassen, diese «Vermutung» zu entkräften. Wie die Praxis zeigt, kann diese «Vermutung» jedoch nicht einmal dadurch entkräftet werden, wenn der Trennungs-

wunsch eindeutig vom Schweizer Partner ausging.

Diese Entwicklung ist sehr problematisch, zumal sie dem Wortlaut des Gesetzes und auch der bundesgerichtlichen Praxis widerspricht: Nur ein eigentliches «Erschleichen», also ein unlauteres und täuschendes Verhalten rechtfertigt die Nichtigerklärung einer erfolgten Einbürgerung. Richtig ist sicher, dass die Behörde von Gesetzes wegen bei klaren Anzeichen einer im Zeitpunkt der Einbürgerung nicht mehr gelebten Ehe, die Einbürgerung im Nachhinein noch widerrufen kann. Allerdings sollte davon nur Gebrauch gemacht werden, wenn dies offensichtlich ist, zumal ja schon im Einbürgerungsverfahren eine vertiefte Prüfung stattgefunden hat. Eine Trennung oder die Einleitung des Scheidungsverfahrens einige Zeit nach der Einbürgerung lässt für sich allein jedoch noch nicht den Schluss zu, dass die Einbürgerung erschlichen worden ist.

Es ist rechtsstaatlich sehr bedenklich, wenn erleichtert Eingebürgerte quasi als Schweizer 2. Klasse betrachtet werden, welchen aufgrund von zukünftigen Entwicklungen (z.B. Trennung) rückwirkend der Schweizer Pass entzogen werden kann, ohne dass ein Verheimlichen erheblicher Tatsachen im Zeitpunkt der Einbürgerung nachweislich vorliegt.